

VIVANT- Fraktion

Stellungnahme zur Plenardebatte vom 05.12.2006

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

Seit vielen Monaten sagen Sie uns, dass die Spielräume eng seien, dass das Jahr 2007 ein schwieriges Jahr sein wird, und dass eine breit angelegte, durchgreifende Durchforstung durchgeführt werden müsse. Mit der Durchforstung sollten dann neue Investitionen möglich werden.

Bereits vor einem Jahr hat die CSP- Fraktion Ihnen vorgeworfen, Sie würden in Steine und nicht in die Menschen der DG investieren. Diesen Trend finden wir nun bestätigt. Und schlimmer als das, es kommt der Verdacht auf, dass die neuen Investitionsmöglichkeiten, welche Sie im Auge hatten, möglicherweise nur Ihre eigene Eitelkeit bedienen sollten , wenn man sich z.B. die Aktivitäten in Brüssel oder in Berlin ansieht!

Während z.B. in gewissen Bereichen des Unterrichtswesens Lehrpersonal fehlt oder eingespart wird, schöpfen Sie sozusagen aus dem Vollen bei Ausgaben für die Verwaltung, in den Außenbeziehungen, ich komme noch darauf zurück, bei großen Infrastrukturvorhaben, oder wenn es darum geht, den Millionen teuren Umzug des Parlaments durch ihre Vertreter im Präsidium des Parlaments beschließen zu lassen.

Gegen diesen letzten Beschluss protestiert die VIVANT-Fraktion mit allergrößtem Nachdruck!

Sehr geehrte Mitglieder der Mehrheitsfraktionen,

Bereits die Art und Weise, wie der Beschluss zum Umzug des Parlamentes, vollkommen am Parlament vorbei, und nur im engen Kreis der berechtigten Präsidiumsmitglieder der Mehrheitsfraktionen gefasst wurde, stellt in unseren Augen einen gravierenden Verstoß gegen jedes tiefe Verständnis von Demokratie dar!

Sie treffen eine Entscheidung über eine Ausgabe von 11 Millionen Euro im kleinen Zirkel der Präsidiumsmitglieder, ohne zufrieden stellende Diskussion im Ausschuss, und ohne irgendeine korrekte Plenardebatte! Und das für ein Projekt, welches weit über die jetzige Legislaturperiode hinausgeht. Außerdem machen Sie inzwischen auf raffinierte aber zugleich perverse Art die notwendige Umstrukturierung der Schullandschaft in Eupen quasi von einem Umzug des Parlamentes abhängig.

Die benutzten Argumente halten einer genauen Prüfung überhaupt nicht stand:

1. Notwendigkeit des Auszugs des Parlamentes, weil es hier an Platz mangle. Auf die entsprechende Anfrage hin wurde deutlich, dass sowohl der Speicher ausbaufähig ist, als auch das Nebengebäude aufgestockt werden kann. Also ein 1. unwahres Argument!
2. Die autonome Hochschule müsse unbedingt gerade hier einziehen, wegen Synergien mit anderen Schulen und Einrichtungen. Als wenn diese Synergien nicht auch bestehen würden, wenn für die autonome Hochschule ein

ganz neuer Standort, zweckmäßig und den Bedürfnissen entsprechend, errichtet würde, wenn das denn notwendig ist. Also 2. unwahres Argument!

3. Das alte Sanatorium müsse unbedingt renoviert werden, weil es sonst vollkommen verfallen würde, und dies könne nur dadurch verwirklicht werden, dass das Parlament dort einziehen würde. Dabei ist bisher jeder Aufruf an private Investoren, dieses Gebäude entweder für soziale oder für touristische Zwecke zu nutzen, peinlichst vermieden worden. Also 3. unwahres Argument.

So viel Scheinargumente, und da suchen manche von Ihnen noch nach Gründen für die Politikverdrossenheit der Bevölkerung!

Sie wollen dann also allen Ernstes in einem Prunkgebäude “residieren“, während draußen, auch in Eupen, immer mehr Sozialhilfeempfänger, Rentner, Alleinerziehende und Arbeitslose leben, die nicht wissen wie sie den Monat zu Ende bringen sollen: Das ist ganz einfach revoltierend!

Sie wissen auch sehr genau, dass ein Großteil der ostbelgischen Bevölkerung vollkommen gegen diesen geplanten Umzug eingestellt ist. Die Menschen begreifen, dass dieser Beschluss nur dem Luxusstreben der Politiker dienen soll.

Die VIVANT- Fraktion beantragt deshalb, hier und heute, die Durchführung einer **bindenden Volksbefragung** zur Frage eines Umzugs des Parlamentes in das alte Sanatorium.

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

Sie haben genug Geld um nur von Seiten der Regierung 155.320 Euro an Repräsentations- und Aufenthaltskosten auszugeben. Steuergeldern selbstverständlich!

Das Ministerium steht dem aber nicht nach: Stolze 240.271 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit, die ja wie es in der Begründung heißt, zur Identifikation der Bürger mit der DG beitragen soll. Was schätzen Sie wohl, wie froh die Menschen in der DG, welche mit finanziellen Problemen zum Ende des Monats kämpfen - und das sind nicht wenige!-, wie froh diese Leute über die Identifikationsidee von Seiten der Regierung und des Ministeriums sind!

Es stellt sich die Frage: Was kosten insgesamt, Regierung, Ministerien und Parlament den Steuerzahler in der DG? Zusammengerechnet sind das inzwischen die riesige Summe von 18 M 900 T Euro, also beinahe 19 Millionen Euro/Jahr oder 756 Millionen alte belgische Franken. Ein solcher Verwaltungsaufwand ist für uns in keiner Weise zu rechtfertigen! VIVANT ist der Meinung, dass Sie damit die Bodenhaftung vollkommen verloren haben!

Es wäre dabei nicht so schlimm, wenn die Dotationen an die DG, also wenn die rund 172 Millionen Euro, zinsfrei wären! Das ist ja aber nicht der Fall, sondern der Föderalstaat und die WR leihen sich das benötigte Geld für teure Zinsen bei privaten Geschäftsbanken! Diese ungeheure Dummheit, und als solche erkennt man diese Handlungsweise wenn man sie denn hinterfragt, ist einfach nicht zu fassen! Wie im GE vom 24. November 2006 zu lesen war: Überschuss der KBC, im dritten Quartal 2006, 1 Milliarde 81 Millionen Euro und

Gewinn der ersten neun Monate des Jahres 2006: 2,797  
Milliarden Euro!

Man sollte nicht missverstanden werden: Nicht den Banken, denen zwar auch, aber den Banken ist nicht der Hauptvorwurf zu machen. Die Banken stehen im harten Wettkampf und die Anleger verlangen von ihnen möglichst hohe Renditen. Nein, der Hauptvorwurf geht an die Regierungen, welche diese vollkommen unverantwortliche Handlungsweise durchführen! Das Geld, welches der Föderalstaat und die WR der DG zur Verfügung stellen, diese 171 Millionen Euro, zahlen sie den Banken mit Zins und Zinseszins zurück, indem sie es den Bürgerinnen und Bürgern der DG, die dafür hart gearbeitet haben, über die Steuern abnehmen. Wir müssen also mehr als die Dotationssumme aufbringen, weil unsere Regierungen und die Regierungen in den Ländern der Euro-Zone freiwillig Zinsen und Zinseszinsen in Milliardenhöhe abgeben. Mit anderen Worten, jede Maßnahme, die Sie in der DG großzügig subventionieren, jede Infrastruktur die Sie errichten lassen, jede Neu-Einstellung von Personal, die Sie veranlassen, muss von den Steuerzahlern der DG teuer, man könnte auch sagen doppelt und dreifach, bezahlt werden!

Haben Sie das bedacht, als Sie die großen Infrastrukturprojekte für St. Vith und für Eupen beschlossen haben, so wie sie aus der Übersicht der alternativen Finanzierungen hervorgehen, und mehr als 27 Millionen Euro ausmachen, und als Sie den geplanten Umzug des Parlamentes beschließen ließen? Haben Sie das bedacht?

Haben Sie das bedacht, als Sie die Neu-Einstellungen und die personelle Umstrukturierung mit höherer Gehaltsauszahlung im Ministerium beschlossen haben?

Haben Sie das Gleiche bedacht, als Sie eine Vertretung in Berlin eingerichtet haben, und dadurch die Kosten für Außenbeziehungen um beinahe 100.000 Euro nach oben gegangen sind?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nachdem die Ministerzahl unnötig erhöht wurde, entsteht jetzt auch ein Wasserkopf an Verwaltung mit immer weiteren personellen Einstellungen im Ministerium! Dahinter steht natürlich die ganze verfehlte Politik der so genannten Außenbeziehungen, der Kleingliedstaat- Eitelkeiten und der Großmannssucht beim sich Anbiedern in den Konzerten der Großen!

Die Regierung und die Mehrheitsfraktionen sollten Sich um die Menschen hier vor Ort kümmern, das ist Ihr Auftrag, den die Bevölkerung erteilt hat! Nach Meinung der VIVANT-Fraktion stehen die Mitglieder dieser Regierung, mit Ihrer angeberischen "Außenpolitik" demgegenüber auf sehr, sehr dünnem Eis!

---

Seit 2006 werden nun alle Projekte im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit in puncto Klimaschutz durchleuchtet. Das ist sicher richtig, wir haben das bereits mehrfach gesagt, und das findet auch heute unsere Zustimmung.

Die meisten Projekte in diesem Rahmen sollen offensichtlich mit dem contracting- Modell durchgeführt. Wir bedauern das, weil dadurch der DG finanzielle Mittel über die Energieeinsparmöglichkeiten verloren gehen. Auch hier äußert sich wiederum die politische Grundausrichtung: Wofür wird das vorhandene Geld ausgegeben?

Aber es ist richtig, das gesamte Ausmaß der notwendigen Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen ist so groß, dass auf jeden Fall Raum vorhanden ist für private Investitionen. Die VIVANT- Fraktion ist andererseits mit der Bezeichnung “nachhaltig“ nicht einverstanden, wenn es sich dabei um Projekte handelt, welche – direkt - überhaupt nichts mit Klimaschutz oder mit Energieversorgungssicherheit zu tun haben. So z.B. wenn der in unseren Augen unnötige Parlamentsumzug mit moderner Wärmedämmung angesagt wird. Wo ist da die Nachhaltigkeit? Nachhaltigkeit im Sinne von Klimaschutz wären z.B. Investitionen in Biogasanlagen bzw. zentrale Hackschnitzelanlagen mit Fern-Wärmeleitungen zur krisensicheren Wärmeversorgung der Bevölkerung in den großen Gemeinden der DG.

Solche Maßnahmen finden sich aber bisher nicht im Infrastrukturplan der DG!

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

Sie haben in 2004, genau so wie die VIVANT- Vertreter, die Schlussfolgerung der Forschergruppe der Universität Leuven in Bezug auf den Klimawandel erhalten: Mit welchem Recht missachten Sie, mit Ausnahme der vorgesehenen Wärmeschutzmaßnahmen, bisher weitgehend die dringlichste Warnung dieser Experten! Klimaschutzmaßnahmen müssen die oberste Priorität Ihrer Infrastrukturmaßnahmen sein, ohne Wenn und Aber!

Es ist auch an Ihnen, die Gemeindevertreter der DG auf ihre diesbezügliche vorrangige Verpflichtung hinzuweisen. In dem GE- Bericht vom Freitag der vergangenen Woche „Wie sieht Ihre Gemeinde in sechs Jahren aus?“ hatten von 9

Bürgermeistern gerade mal 2 Bürgermeister ein Wort für Klimaschutzmaßnahmen übrig!

Hier ist es die Aufgabe der Regierung, bzw. des Ministeriums, eine detaillierte Erhebung der einzelnen Möglichkeiten jeder Gemeinde in Bezug auf Energieeinsparung, Nutzung vorhandener biologischer Ressourcen, Koordinierung und Netzwerkbildung, Zusammenarbeit mit unseren viel aktiveren Nachbarländern durchzuführen, aber auch Lobby-Arbeit zu betreiben für eine Gesetzgebung, welche Klimaschutz effektiv als ökonomischen Schwerpunkt fördert wie z.B. in D. das EEG oder die Bestimmungen zur Niedrigenergiebauweise. Als Beispiel nicht genutzter vorhandener Ressourcen nenne ich die 800.000 Euro an Brennwert, welche jedes Jahr in der Stadtgemeinde St.Vith in Form von Restholz und Durchforstungsholz ungenutzt bleiben. Bei der ungenutzten Gülle und dem Grünschnitt ist es in fast allen Gemeinden der DG dasselbe.

---

Im Gemeinschaftsunterrichtswesen kündigen Sie die Renovierung, den Umbau oder den Neubau nahezu aller Schulbauten an. Dazu wollen Sie das public-private-partnership-Modell heranziehen, weil der DG dazu aus eigener Kraft, also auf Basis der Dotation, bereits die Mittel fehlen. Als Partner sind die modernen Geldbesitzer, die Banken und Bankenkonsortien, ausersehen. Diese Institute konnten sich bereits, mit dem Segen der Regierungen, einen großen Teil der hart verdienten Euros der Bevölkerung aneignen. Jetzt aber werden diese Konsortien die Schulbauten errichten, und dann dürfen wir, darf die öffentliche Hand diese Schulbauten anmieten: Mieten beinhalten aber bekanntlich die höchsten Zinsraten! Bravo, da kommt Freude auf im Bankenmilieu, nicht wahr!

Und wer bezahlt diese Mieten? Wir, die Regierung, werden Sie sagen. Und von wem nehmen Sie das Geld? Von uns, den Steuerzahlern, vergessen Sie das bitte nicht! Und orientieren Sie sich nicht an der Verantwortungslosigkeit unserer föderalen Haushaltsministerin, Van den Bossche, die, wie im GE vom 24.11 zu lesen war, findet, dass die Veräußerung von Gebäuden, die später angemietet werden müssten, eine kostengünstige Lösung sei.

Meine Damen und Herren,

Ich beende die Stellungnahme der VIVANT- Fraktion mit einer Aussage der indischen Schriftstellerin Amundhati Roy anlässlich des Weltsozialforums in Mumbai im Jahr 2004.

Sie sagte:

„Es ist wichtig zu verstehen, dass Medienkonzerne nicht lediglich das neo-liberale Projekt unterstützen. Sie sind das neo-liberale Projekt. Ein schleichender Krieg, der das “Experiment, das wir Demokratie nennen“ aushöhlt.“ Und Professor Jean Grossholtz stellt klar: “Eine wichtige Sache, die alle verstehen sollten – es passiert in den USA und auf der ganzen Welt: Die Regierung selbst wird privatisiert!“

---

Frau Thiemann, Sie hatten vor wenigen Wochen in Ihrer Stellungnahme zur Regierungserklärung, die Minimum, die Maximum und die Optimum Funktion der DG für die Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterschieden.

Im hier vorgestellten Haushalt ist für uns die Optimum-Funktion in keinem der zur Diskussion stehenden Organisationsbereiche zu erkennen.

Wir werden deshalb auch dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.